

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
Beauftragter für die Freiheit der Medien

Amsterdamer Empfehlungen

14 Juni 2003

Medienfreiheit und das Internet

In der Überzeugung, dass unabhängig davon welches technische Mittel zur Verbreitung der Arbeit von Journalisten genutzt wird – sei es Fernsehen, Radio, Zeitungen oder das Internet – das grundlegende verfassungsgemäße Recht auf Medienfreiheit nicht in Frage gestellt werden darf;

Unter Bekräftigung dass diesem Prinzip, das älter als viele der heutigen Medien ist, alle modernen europäischen Gesellschaften verpflichtet sind;

Alarmiert davon dass Zensur im Internet eingeführt wird und neue Mittel entwickelt werden, um den freien Meinungs austausch zu behindern;

Unter Bekräftigung der Prinzipien, die in der Gemeinsamen Erklärung von OSZE, VN und OAS in London am 20. November 2001 ausgedrückt wurden;

Unter Kenntnisnahme der Erklärung zu Kommunikationsfreiheit im Internet des Europarates vom 28. Mai 2003;

Lud der OSZE Beauftragte für die Freiheit der Medien Vertreter von Wissenschaft, Medien, spezialisierten NGOs aus Europa und den USA sowie vom Europäischen Parlament, Europarat, Europäischer Kommission und der OSZE zur Teilnahme an der Konferenz „Medienfreiheit und das Internet“ am 13 – 14 Juni 2003 in Amsterdam, Niederlande, ein.

Während dieser Konferenz wurden die folgenden Empfehlungen, vorgeschlagen vom OSZE Beauftragten für die Freiheit der Medien, gemacht:

Zugang

- Das Internet bietet eine Reihe verschiedener Dienste. Manche von ihnen befinden sich noch in der Entwicklungsphase. Sie dienen als, oftmals unentbehrliche, Werkzeuge sowohl für Bürger als auch für Journalisten und sind somit wichtig für eine freie Medienlandschaft. Die Technologie als solche darf nicht verantwortlich für jeglichen potenziellen Missbrauch gemacht werden. Innovation darf nicht behindert werden.
- Der Zugang zu digitalen Netzen und dem Internet muss gefördert werden. Schranken auf allen Ebenen, seien sie technisch, strukturell oder in der Ausbildung, müssen abgebaut werden.
- Zu einem beträchtlichen Teil ist das schnelle Tempo der Innovation von digitalen Netzwerken davon abhängig, dass der größte Teil des zugrunde liegenden Codes und der Software zur *public domain* gehören, somit von jedem kostenfrei genutzt und

weiterentwickelt werden können. Diese kostenlose Infrastruktur ist eines der Schlüsselemente der Meinungsfreiheit im Internet. Der Zugang zur *public domain* ist wichtig sowohl für den technischen als auch für den kulturellen Fortschritt und darf nicht durch die Verabschiedung neuer Bestimmungen in Bezug auf Patent- und Copyrightgesetzgebung gefährdet werden.

Meinungsfreiheit

- Die Vorteile ausgedehnter Netzwerke von Onlinequellen und der freie Meinungsaustausch überwiegen die Gefahren des Missbrauchs des Internet. Aber die kriminelle Ausnutzung des Internet kann nicht toleriert werden. Illegale Inhalte müssen in ihrem Ursprungsland verfolgt werden wobei alle gesetzgeberischen und Strafverfolgungsaktivitäten eindeutig nur auf die illegalen Inhalte abzielen dürfen und nicht auf die Infrastruktur des Internet als solche.
- Die weltweite Verfolgung krimineller Inhalte, wie Kinderpornographie, muss gewährleistet sein und auch im Internet müssen alle bestehenden Gesetze beachtet werden. Trotzdem darf das grundlegende Prinzip der Meinungsfreiheit nicht beschränkt werden und es gibt keine Notwendigkeit für neue Gesetzgebung.
- In modernen demokratischen Zivilgesellschaften sollten die Bürger selbst entscheiden, auf was sie im Internet zugreifen möchten. Das Recht, Informationen zu verbreiten und zu empfangen ist ein grundlegendes Menschenrecht. Alle Mechanismen zum Filtern oder Blockieren von Inhalten sind nicht akzeptabel.
- Jegliche Mittel der Zensur, die inakzeptabel in den „klassischen Medien“ sind, dürfen nicht für Online-Medien genutzt werden. Neue Formen der Zensur dürfen nicht entwickelt werden.

Ausbildung

- Computer- und Internetkompetenz müssen gefördert werden um das technische Verständnis der Bedeutung von Software und Code zu stärken. Dies ist notwendig, um einen Gestaltungsspielraum für die zukünftige Rolle des Internet und seinen Platz in der Zivilgesellschaft zu bewahren.
- Internetkompetenz muss ein primäres Ausbildungsziel in Schulen sein, Trainingskurse sollten auch für Erwachsene angeboten werden. Besondere Trainingsmöglichkeiten für Journalisten sollten eingeführt werden, um ihre Fähigkeit, mit Online-Inhalten umzugehen zu fördern und einen hohen Standard im professionellen Journalismus zu sichern.

Professioneller Journalismus

- Immer mehr Menschen sind durch das Internet in der Lage, ihre Ansichten mit einem größer werdenden Publikum zu teilen, ohne auf „klassische Medien“ zurückgreifen zu müssen. Die Privatsphäre der Individualkommunikation muss gewahrt werden. Die Infrastruktur des Internet wird für viele verschiedene Zwecke genutzt und sämtliche einschlägige Regulierungsinstanzen müssen sich dessen bewusst sein.

Unofficial translation, not an OSCE document

- Journalismus verändert sich in der digitalen Ära und neue Formen von Medien entwickeln sich, die denselben Schutz wie „klassische Medien“ verdienen.
- Traditionelle und weithin akzeptierte Werte des professionellen Journalismus, wobei die Verantwortung der Journalisten anerkannt wird, sollten gefördert werden, um so freie und verantwortliche Medien in der digitalen Ära zu garantieren.

This unofficial translation was provided by the Office of the OSCE Representative on Freedom of the Media.